

DGB Nord | Besenbinderhof 60 | 20097 Hamburg  
Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Wirtschaftsausschuss  
Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/2768

per EMAIL: [Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de)

**Stellungnahme des DGB zum Antrag Missstände in der Paketbranche beseitigen (Drucksache 19/1444) und dem Alternativantrag Soziale Marktwirtschaft sichern, vor sozialen Missständen schützen (Drucksache 19/1481)**

20. August 2019

**Sehr geehrter Dr. Andreas Tietze,  
sehr geehrte Damen und Herren,**

**Uwe Polkaehn**  
Vorsitzender  
DGB Bezirk Nord

[uwe.polkaehn@dgb.de](mailto:uwe.polkaehn@dgb.de)

Telefon: 040/6077661 - 25  
Telefax: 040/6077661 - 41

mit Schreiben vom 04. Juli 2019 geben Sie uns Gelegenheit zur Stellungnahme zum Antrag zur Beseitigung der Missstände in der Paketbranche, Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 19/1444) und dem dazugehörigen Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (Drucksache 19/1481).

UP/MG

Besenbinderhof 60  
20097 Hamburg

[nord.dgb.de](http://nord.dgb.de)

Diese Möglichkeit nehmen wir gerne wahr.

Der DGB Nord und seine Gewerkschaften begrüßen sowohl den allgemein gehaltenen Antrag „Soziale Marktwirtschaft sichern, vor sozialen Missständen schützen“ der regierungstragenden Fraktionen als auch den konkret auf die Paketbranche bezogenen Antrag der Fraktion der SPD „Missstände in der Paketbranche beseitigen“.

Beide Anträge machen deutlich, dass die Sicherung guter Arbeitsbedingungen, sozialer Absicherung und guter Löhne eine der wesentlichen Grundlagen für die soziale Marktwirtschaft ist. Offensichtlich ist das gemeinsame Interesse aller demokratischen Landtagsfraktionen massiven Missständen in unterschiedlichen Branchen auch als Gesetzgeber entschieden entgegenzutreten. Diese Sichtweise tragen wir gern mit und stehen hierfür als Gesprächspartner bereit.

Klar ist aber auch, dass allein der Verweis auf bestehende gesetzliche Regelungen den Realitäten nicht gerecht wird. Die in den Stellungnahmen von ver.di als auch der „Beratungsstelle für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein“ aufgezeigten Missstände machen deutlich, dass nicht nur strengere gesetzliche Auflagen und eine Nachunternehmerhaftung notwendig sind, sondern auch die Kontrollen deutlich zu verstärken sind. Hierfür bedarf es eine deutliche personelle Stärkung der Kontrollbehörden

des Bundes und des Landes, sowie eine Koordinierung auf Landesebene der verschiedenen Kontrollbehörden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading 'Uwe Polkaehn'. The signature is written in a cursive style with a large initial 'U'.

Uwe Polkaehn